

stengewerkschaft, Günther Nennung, bezeichnen Brezovsky deshalb als Gesetzesbrecher und Umweltverbrecher und fordern ihn auf, sie zu klagen. Brezovsky wehrt sich gegen diese Vorwürfe, klagt jedoch nicht. Günther Nennung wird wegen parteischädigendem Verhalten zunächst aus der SPÖ ausgeschlossen und geht später auch seiner ÖGB-Mitgliedschaft verlustig.

Freda Meissner-Blau wird – wie Nennung – von der Mitarbeit im ORF ausgeschlossen. Der ORF-Pressedienst stellt klar: „Der (in Zeitungen, die Red.) gezogene Schluß, daß damit die Suspendierung von Frau Meissner-Blau als Gastgeberin des ‚Club 2‘ unmittelbar aufgehoben wird, ist nicht richtig... bei Vorliegen der rundfunkrechtlichen Voraussetzungen – Objektivität, Ausgewogenheit etc. – wird eine Wiederbeschäftigung nicht ausgeschlossen.“ Die spätere Präsidentschaftskandidatin wird nicht wieder als Moderatorin beschäftigt.

Im Winter 1984/85 erzwingen tausende Umweltschützer durch Besetzung der Hainburger Au die Einstellung der Baumaßnahmen.

Auszeichnungen: Minusmann des Jahres 1984 (von der Zeitschrift „Wochenpresse“ verliehener Titel); 1986 Großes Silbernes Komturkreuz mit Stern des Landes NÖ

Mitgliedschaften: SPÖ (seit 1952); ÖGB (seit 1952); BSA (seit 1955)

Alles was
Recht ist

BRODA Christian, Dr. jur., Dr. phil., ehemaliger Justizminister

geb. 12. 3. 1916 in Wien, gest. 1. 2. 1987

Karriere: 1934 und 1943 politische Freiheitsstrafen; 1942 Doktorat in Geschichte; 1940 – 1945 Kriegsdienst; Herbst 1945 Nationalratskandidat der KPÖ; 1947 Promotion zum Doktor der Rechte; ab 1948 Rechtsanwalt; 1957 – 1959 Bundesrat; 1959 SPÖ-Nationalrat; 1960 – 1966 und 1970 – 1983 Justizminister; zahlreiche Publikationen: „Demokratie, Recht, Gesellschaft“ (1962); „Die Stunde der Parlamentsreform ist gekommen“ (1970); etc.

Skandalchronik 1 – Nazijustiz: 1965 macht die Österreichische Widerstandsbewegung in einer „Liste des Unbehagens“ auf zwölf hochrangige Mitglieder der Justiz aufmerksam, die während der Nazi-Zeit Gegner des Nationalsozialismus unbarmherzig verfolgt hatten und viele von ihnen mittels Gerichtsverfahren umbringen ließen (siehe → Lillich, → Sabaditsch, → Spornoga, → Wilmar, → Zachar).

Justizminister Broda antwortet, alle amtierenden Richter und Staatsanwälte seien bei ihrer Wiedereinstellung überprüft worden. Ihre Tätigkeit in der Nazi-Zeit sei dem Ministerium bekannt. Es bestehe kein Anlaß und nach der geltenden Rechtslage keine Möglichkeit, etwas gegen diese Richter zu unternehmen.

Als Reaktion darauf veröffentlicht der Journalist Oskar Bronner in einem Sonderheft der Zeitschrift „Neues Forum“ (Herbst 1965) Dokumente über die Tätigkeit einiger Richter während der Nazi-Zeit. Daraus geht hervor, daß sie an vielen Todesurteilen gegen Nazi-Gegner mitgewirkt haben. Broda erklärt, die Republik habe einen Schlußstrich gezogen: Selbst wenn es

möglich wäre, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um diese Richter aus dem Justizdienst der Republik Österreich zu entfernen – er wäre dagegen.

In seiner zweiten Amtszeit als Justizminister – von 1970 – 1983 – setzt Broda eine heimliche Amnestie für alle während der Nazi-Zeit begangenen Verbrechen durch: Seit 1975 finden in Österreich in dieser Sache keine Gerichtsverfahren mehr statt.

In dieser Zeit führt Broda seine große liberale Strafrechtsreform und die Familienrechtsreform durch. Als seine rechte Hand fungiert dabei der Strafrechtslehrer und Universitätsprofessor Friedrich → Nowakowski –, während der Nazi-Zeit einer der furchtbarsten österreichischen Juristen.

Skandalchronik 2 – Politjustiz: „profil“-Herausgeber Peter Michael Lingens in einem Leitartikel im Jahr 1983:

„... Christian Broda. Wenn es irgendeinen Menschen gibt, der für den moralischen Zustand, in dem sich dieses Land derzeit befindet, die persönliche Verantwortung trägt, dann ist er es.

Indem seine Staatsanwaltschaft 13 Jahre hindurch praktisch kein größeres Wirtschaftsverbrechen im Nahbereich der Politik aufdeckte (obwohl die Verdachtsmomente zu Himmel schrien), degradierte er die Wirtschaftskriminalität endgültig zum Kavaliärsdelikt...“

Diese Politik verstärkte nicht nur jenes Klima der allgemeinen strafflosen Korruption, das letztlich den AKH-Skandal möglich machte, es ruinierte auch die Glaubwürdigkeit der Justiz: Kein Mensch in diesem Lande glaubt mehr, daß die Staatsanwaltschaft ohne Ansehen der Person ermittelt.“ („profil“ Nr. 44/1983)

Als Stichworte führt Lingens an: Bauring-Skandal, AKH-Skandal, Androsch-Villa.

Man kann diese Liste ergänzen: Kronen-Zeitungs-Krimi (siehe → Olah), gefälschte Hinweise auf Zuwendungen der ÖVP an das „profil“ (siehe → Slavik) etc. etc.

Skandalchronik 3 – Justizputsch: Im September 1964 wird der allmächtige Gewerkschaftspräsident und Innenminister Franz → Olah von der SPÖ entmachtet. Die Auseinandersetzungen in der SPÖ wird von der „Kronen Zeitung“ als Zweikampf zwischen Justizminister Broda und Olah dargestellt. Das Kleinformat stempelt Broda als Kommunisten ab und veröffentlicht zahlreiche Artikel gegen ihn.

Broda läßt die „Kronen Zeitung“ dreimal beschlagnahmen und ordnet Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen und der „Kronen Zeitungs“-Redaktion an.

„In dieser Zeit“ – so schreibt Kronen-Zeitungs-Herausgeber Hans Dichand in einem 1977 erschienenen Buch über die Geschichte dieses Mediums – „haben wir jene Politiker, die sich gegen uns verschworen hatten, die uns unser Eigentum wegnehmen wollten, nicht gerade mit Samthandschuhen angefaßt“.

In dieser Zeit bringt die Gewerkschaft eine Klage gegen die „Kronen Zeitungs“-Eigentümer Dichand und Falk ein. Begründung: Die Zeitung sei mit abgezweigten Geldern der Gewerkschaft gegründet worden und stehe deshalb eigentlich im Eigentum der Gewerkschaft.